

Abonnements
Wirden bei allen Schmelzgeräthen
Brennapparaten, sowie beim Verlegen
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wiederholungspreis von:
Nr. 1. — für die Schweiz (Streuobank)
Nr. 2. — für Deutschland (Gouvert)
Nr. 3. — für Österreich (Gouvert)
Nr. 4. — für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Streuobank)

Insertate
Die dreizehntägigen Zeittheile
zu 20 Ggr. — 20 Wp.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheinung
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Fottinger & Co.
Zürich.
Postsendungen
franko gegen franko.
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

N. 3.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schiebe man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

15. Januar 1888.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Der Meineid im Dienst der Sozial- demokratie.

Da es mit dem „Material“ nichts ist, welches die Herren Krüger, Hacke, Schröder und Konsorten ihren Brod-gebern Bismarck und Puttkamer für das neue Sozialistengesetz beschaffen sollten, so muß die Reptilienpresse das Terrain vorbereiten, damit Puttkamer sein altes Mandat: scharfe Stellen des „Sozialdemokrat“, aus dem Zusammenhang gerissen, vorgelesen, ohne allzugroße Blamage wiederholen kann. Auf diese traurige Schuster-Taktik — so benannt nach dem Erfinder, dem sinnreichen Pastor Schuster — ist der Sommer der Wiederkehr Jhring-Mahlow, Haupt, Schröder und Genossen ja jetzt angewiesen — eine andere gibt's nicht für ihn: Für dialektische Arbeit und die Entdeckung sophistischer Scheingründe ist das Puttkamer'sche Hirn nicht geeignet — es eignet sich nur für die Schuster-Taktik, über die — noch ehe der Schuster erfunden war — Barnhagen von Ense sich also äußerte: „sie ist so dumm, daß selbst ein preussisches Krantjunkerhörn sie lapirt.“

Man sieht, wenn Barnhagen den jetzigen deutschen Polizei-Minister auch noch nicht gekannt hat, so hat er ihn doch gekannt.

Genug — die Reptilienpresse ist an der Arbeit. Allen Spitzelorganen voran die „Kölnische Zeitung“, von der ihr einflussiger Mitarbeiter Ludwig Bamberger, gewiß als Sach- und Personkenner kompetent, vor etwa 1/2 Jahren, bei Gelegenheit der ungarischen „Erregung“, gesagt hat: „Sie ist das vornehmste Rieselfeld für die Cloaca Maxima in Deutschland.“

Und sie ist nicht bloß das vornehmste Rieselfeld, sondern zugleich auch die vornehmste Unter-Kloake, welche den Schmutz der Bismarck'schen Press- und Reptilienbureaus aus der Hauptkloake — der Cloaca Maxima — auf die tiefer liegenden Rieselfelder führt.

Dieses „vornehmste Rieselfeld“ empfing vor einigen Tagen aus der Berliner „Cloaca Maxima“ einen Artikel, betitelt: „Der Meineid im Dienste der Sozialdemokratie“, der jetzt durch die ganze Reptilienpresse seinen Rundgang hält und Stimmung machen soll für das neue Sozialistengesetz.

In dem Artikel wird behauptet, die Sozialdemokratie verherliche und predige den Meineid; sie erziehe ihre Mitglieder förmlich zum Meineid.

Als Beweise werden — der Puttkamer'schen Schuster-Taktik gemäß — einzelne Stellen aus dem „Sozialdemokrat“ angeführt — und wohlgerührt, lauter alte Bekannte — Das *pièce de résistance* — den solidesten Bissen — bietet auch jetzt wieder die von Herrn Puttkamer schon so oft zitierte und schier lahm gerittene Notiz nach der Entlassung Jhsen's aus dem Gefängnis, in welcher er jahrelang wegen „Meineids“ hatte sitzen müssen. (Nr. 27, Jahrgang 1882 des „S.-D.“)

Wer jene Notiz noch so genau durchliest und dabei sogar ein polizeiliches Vergrößerungsglas zur Hand nimmt, wird von einer „Verherrlichung“ des Meineids nichts darin finden. Es wird einfach ausgesprochen, daß das Motiv, aus dem Jhsen den Meineid schwor — nämlich der Wunsch, einen Freund vor Strafe zu bewahren — ein edles war; daß der „meineidige“ Jhsen die Achtung ehrlicher Leute nicht verwirft hat; und daß die Schuld auf Dejenigen lastet, welche ihn in das Dilemma versetzt hatten, zum Schutz an einem Freund zu werden oder auf seinen Eid die Unwahrheit zu sagen — denn das heißt, einen Meineid schwören.

Nur ein durch und durch unehrlicher Mensch kann hierin eine Verherrlichung oder auch nur Empfehlung des Meineids finden. Es wird einfach demselben Gedanken Ausdruck gegeben, welchen z. B. Schiller in seinem „Verbrecher aus verlornen Ehre“ Ausdruck gegeben hat: daß ein Mensch durch die edelsten Motive zum Verbrechen getrieben werden kann.

Nicht daß wir über „Verbrechen“ und „Schuld“ den spießbürgerlichen Moralvorstellungen nachhinken! Das „Verbrechen“ ist uns eine natürliche und notwendige Folge sozialer oder physischer Umstände und Momente, und zwar eine Folge, die wir bedauern, die wir aber nicht an dem unschuldigen Opfer bestrafen wissen wollen. Wenn in dem Jhsen'schen Fall von einer schweren moralischen Schuld die Rede sein kann, so lastet sie ausschließlich auf den Urhebern des Sozialistengesetzes und deren Mitschuldigen — kurz, auf Dejenigen, welche einen braven Mann in die Zwangslage brachten, entweder einen Freund zu denunzieren, also eine Schurkerei zu begehen, oder die Unwahrheit zu sagen und einen Meineid zu begehen.

Bei Mord, Diebstahl, kurz bei allen Verbrechen hat aber der Richter nach dem hergebrachten Rechtsbegriff auf die Motive, aus welchen, und auf die Bedingungen, unter

welchen die Straftat begangen wurde, Rücksicht zu nehmen. Dem, der aus Hunger stiehlt oder aus Empörung über erlittenes Unrecht tödtet, wird von dem Richter eine geringere Strafe zuertheilt als dem, der stiehlt und tödtet, um sich zu bereichern.

Anständige Richter würden im Jhsen'schen Falle auf das niederste Strafmaß erkannt haben. Allein wo haben wir jetzt anständige Richter? Seit es durch Reichsgerichtsbeschlüsse festgestellt ist, daß Mangel an Servilität und Loyalität eine „ehrlose Gesinnung“ voraussetzt, wird die Gesinnung verurtheilt. Der Sozialdemokrat Jhsen, der aus edlen Motiven meineidig geworden, wurde als Sozialdemokrat zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilt, während der Meineidopfer Stöcker, der aus den gemeinsten Motiven einen Meineid geschworen hat, frei herumspaziert, von dem künftigen Thronfolger gefeiert und von der Ehefrau des künftigen Thronfolgers huldvollst besucht wird.

Diese Heuchelei in Bezug auf die Beurtheilung des Meineids hat übrigens gerade in diesen Tagen wieder eine klassische Illustration gefunden gelegentlich eines Prozesses gegen einige Angestellte (zwei Ingenieure, ein Meister und zwei Arbeiter) des Osnabrücker Stahlwerks wegen Urkundenfälschung und Betrug.

Wir lesen darüber in der Berliner „Volksztg.“:

„Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß auf dem genannten Werke seit Jahren betrügerische Manipulationen in der Weise ausgeübt worden sind, daß für die von den Abnahme-Kontrollanten als brauchbar bezeichneten und zu dem Zwecke mit einem Stempel der Eisenbahndirektion versehenen Schienen minderwertige untergeschoben und mit gefälschten Stempeln, die auf dem Werke und für dessen Rechnung angefertigt wurden, versehen worden sind. Für die untergeschobenen Schienen wurde eine entsprechende Anzahl von den als gut bezeichneten und gestempelten Schienen juristisch genommen und an dieselben die amtlichen Stempel des Kontrollanten mit der Felle befestigt. Das Urtheil des Gerichtes erklärte die Angeklagten für schuldig und belegte den Ingenieur Schröder mit sechs Monaten, den Ingenieur Bertel mit fünf, den Meister und einen Arbeiter mit vier, den andern Arbeiter mit zwei Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und Annahme mildernder Umstände. Letztere erblickte der Gerichtshof darin, daß durch die betrügerischen Handlungen ein Eisenbahnunfall nicht herbeigeführt worden sei, daß ferner die Angeklagten die betrügerischen Manipulationen nicht erfinden, sondern bei ihrem Eintritte in den Dienst des Stahlwerks vorgefunden hätten, daß sie also nur das gethan hätten, was andere vor ihnen gethan haben. Das Urtheil stellte fest, daß das Stempelzeichen an der Schiene eine Privatursache von erheblicher Art sei, weil es eine Vertragserfüllung beweise, sowie, daß die Fälschung und Unterschlebung der Schienen erfolgt sei, um dem Werke einen Vermögensvorteil zu verschaffen, indem es dadurch schlechtere Schienen für gute verkauft habe. Die Direktoren des Werkes haben beschworen, daß ihnen von den Jahren lang betriebenen Unterschleubungen und den Fälschungen nichts bekannt gewesen sei.“

Man denke: die Schwindelmanipulation ist seit Jahren im Schwunge, die Angeklagten haben sie bereits als „Geschäfts-Umsatz“ vorgefunden, und da sollen die Herren Direktoren, die Vorsteher des Werkes, da soll namentlich der Betriebs-Direktor nichts davon gewußt haben! Ja, wurde denn der Schwindel zum bloßen Vergnügen praktiziert oder nicht, um dem Geschäft einen Profit auf Kosten des Staates zuzuführen? Und doch sollen die Leiter des Geschäftes, die Haupt-Interessenten an seinen Profitten, nichts darum gewußt haben! Wer ihnen das glaubt, verdient — Staatsanwalt am Landgericht Osnabrück zu werden. Oder besser noch, Ehrenmitglied der nationalliberalen Partei, denn die beiden Direktoren, Boos und Haarmann, sind die Führer des nationalen „Liberalismus“ in Osnabrück. Und die tugendhafte nationalliberale Partei findet keinen Hehl an ihnen. Im Gegentheil, schuldig ist allein — der Staat. Während die meisten nationalliberalen Zeitungen die Sache, trotz des Ansiehens, das sie gemacht, verschweigen, findet die nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in der betrügerischen Manipulation sogar einen „Akt der Nothwehr gegen die lästige Kontrolle der Abnahme-Beamten“. Wie kann der Staat überhaupt sich erbrechen, bei Abnahme der Eisenbahn-Schienen Kontrolle zu üben?

Ganz richtig bemerkt zu diesem Gebahren die „Demokratische Korrespondenz“:

„So wird gerade von nationalliberaler Seite dem Osnabrücker Schienen-prozess ein politischer Beigeschmack verliehen. Man sucht zu verschweigen, daß man nicht gar zu rechtfertigen, und übersieht dabei, daß von Osnabrücker Parteiführern damit einen sehr schlechten Dienst erweist. Die „guten Freunde“ räumen durch ihr zweideutiges Verhalten ein, daß es in der That etwas zu verschweigen, zu ver-dunkeln gibt.“

Mit einem Wort, über den Meineid der nationalliberalen Führer wird mit Sömmerniemer hinweggegangen, und kein Staatsanwalt findet sich, eine Anklage zu erheben, obwohl dieser Meineid mit den niedrigsten Handlungen, mit Betrug aus Geschäftsrücksichten, mit Gefährdung von Menschenleben aus schnöder Gewinnsucht zusammenhängt.

Und da hat das Reptiliengesindel der Cloaca maxima und ihrer Unter-Kloaken die Stirne, uns ein Verbrechen daraus machen zu wollen, daß wir Jhsen, dessen Motive durchaus selbstlose waren, unsere Sympathie und unsere Achtung bezeugt.

Das Gesindel wende sich an die Adresse des Bismarck'schen Zukunftskaisers und seiner Gattin! —

Doch den Meineid sollen wir nicht bloß verherrlicht, wir sollen ihn auch empfohlen, — sollen aufgefordert haben, „im Dienste der Partei“ den Meineid zu pflegen und zu üben. Wir denken natürlich nicht daran, uns gegen diese alberne Anklage zu vertheidigen. Ebenjogut kann man uns vorwerfen, wir verherrlichten den Diebstahl und den Mord, weil wir diese Verbrechen, wie alle Verbrechen, aus sozialen und physischen Umständen erklären.

Ganz abgesehen von der frechen Verlogenheit des gemachten Vorwurfs, besteht bei Beurtheilung von Verbrechen der Unterschied zwischen uns und unseren Feinden, daß wir die Ursachen ins Auge fassen und die Quellen des Verbrechens zu schließen bemüht sind, wohingegen unsere Feinde sich an die Wirkung halten und an den Opfern der Verhältnisse ihr Muthchen zu kühlen suchen.

Nicht daß wir persönliche Verantwortlichkeit nicht anerkennen. Aber wenn eine Person von anderen Personen zum Verbrechen getrieben worden ist, dann halten wir uns an die moralischen Urheber des Verbrechens.

Es ist wahr, auch diese können zu ihrer Entlastung die zwingende Macht der Verhältnisse, die Vogil der Thatfachen, das Herkommen, die Gewohnheit anführen. Allein hiermit ist es Zeit, bis die herrschenden Verbrecher da sind, wo sie hingehören: auf der Bank der Angeklagten.

Zur Frage der künftigen Taktik.

Wir erhalten aus Deutschland folgende Zuschrift:

Die Frage: „Wie verhalten wir uns in Bezug auf das Wählen, wenn das Expatrirungs-gesetz in Kraft treten soll?“ ist in den Nr. 1 und 2 des „Sozialdemokrat“ in Zuschriften aus Deutschland besprochen worden und in den beiden Zuschriften sind die Einsender zu dem Ergebnis gekommen, daß nach dem Erfolg eines solchen Gesetzes die Partei auf die Teilnahme an den Wahlen verzichten müsse.

Es ist nun immer eine wichtige Sache, über Dinge ein Urtheil abzugeben, die man noch gar nicht in ihrem ganzen Umfange kennt, und das trifft auch bei der geplanten Expatrirung zu. Vorläufig kennen wir den Inhalt der Beschränkungen, welche mit dem Sozialistengesetz vorgenommen werden sollen, noch nicht, und ist es deshalb auch sehr schwer zu sagen, was die Partei thun wird, wenn diese Beschränkungen im Reichstag wirklich eine Majorität finden. Da aber in den im „Sozialdemokrat“ veröffentlichten Zuschriften es beinahe als selbstverständlich hingestellt wird, daß nach dem Inkrafttreten der Expatrirung die Wahltheilnahme unsererseits aufzuhören habe, so möchten wir dem gegenüber doch noch ein Fragezeichen machen.

Zunächst mag hier bemerkt werden, daß die Ueberzeugung, daß der Reichstag die Expatrirung beschließen werde, durchaus noch nicht Gemeingut der sozialdemokratischen Partei ist. Wenn es in der Zuschrift in Nr. 2 des „Sozialdemokrat“ heißt, „in sozialdemokratischen Kreisen bezweifelt man nicht die Annahme des Expatrirungsgesetzes“, so sind darunter natürlich nur die Kreise zu verstehen, die dem betreffenden Parteigenossen zufällig zugänglich sind. Dem Schreiber dieser Zeilen dagegen ist bis jetzt noch nicht ein Parteigenosse begegnet, der die Annahme der Expatrirung durch den Reichstag bereits für zweifellos sicher hielt. Und wenn es in der angezogenen Zuschrift weiter heißt: „Man hat auch vorgeschlagen, künftig nur mit weißen Zetteln zu wählen etc.“, so sind auch diese Vorschläge nichts weiter als Ansichten einzelner Genossen, die als solche gewiß auf Beachtung Anspruch erheben können, aber für die Gesamtheit der Partei von keiner Seite verpflichtend sind.

Ein Beschluß, uns nicht mehr an den Wahlen zu betheiligen, würde für unsere Partei so schwerer und weittragender Folgen haben, daß er nur nach den eingehendsten Beratungen, wenn die zwingendsten Gründe dafür sprächen, gefaßt werden dürfte. Der Umstand, daß ein Gewählter aber expatriert werden kann, und vielleicht auch wird, ist ein solch zwin-gender Grund noch lange nicht.

Wir haben wahrhaftig keinen großen Respekt vor der öffentlichen Meinung in Deutschland, und wir trauen der Unerschämtheit Puttkamer's allerhand zu, aber daß der Fall, daß ein Reichstagsabgeordneter, bloß weil er als solcher gewählt worden ist, nie nichts dir nichts außer Landes gejagt werden soll, sich oft wiederholen könnte, das ist trotz alledem und alledem auch in Deutschland nicht möglich. Wenn es aber geschähe, wenn wirklich jeder unserer Genossen, sobald er zum Reichstags- oder Landtagsabgeordneten gewählt wäre, sofort des Landes verwiesen würde — ja, gäbe es dann ein Mittel der Propaganda für unsere Sache, das mehr zu wirken vermöchte? Was würde das Opfer des einzelnen Ausgewiesenen bedeuten, gegenüber der Saat von Hoff und Wuth gegen das herrschende System, welche durch jede solche Ausweisung ausgebreitet würde? Es ließe am deutschen Volke und am deutschen Arbeiterstand verzeiweln, wenn man nicht mehr annehmen dürfte, daß die Ausweisung einer Abgeordneten schließlich einen Sturm der Entrüstung hervorrufen würde, dem auch Puttkamer und der Kanzler Eisen-stadt nicht mehr zu widerstehen vermöchten.

Kommt also die Expatrirung, dann wird es an Opfern nicht fehlen. Diese Opfer aber werden den Reinen, der sie verschlingt, schließlich erwirken. Wir sind deshalb der Meinung, daß nach der Expatrirung erst recht gewählt werden muß. Puttkamer mag dann das Ausweisen unserer Abgeordneten nur betreiben, wir werden ja sehen, wer es am längsten aushält, er oder wir. Es wird sich gar bald herausstellen, daß unsere im Ausland in der Verbannung lebenden Abgeordneten dem System Puttkamer-Bismarck-Jhring-Mahlow un keinen Deut weniger gefährlich sind, als wenn sie in Berlin im Reichstage säßen. Wie der kleine Gelagerungs-zustand und die damit verknüpften Ausweisungen nur dazu beigetragen haben, die eifrigen Genossen an Orte zu bringen, wo man bis dahin von der Erziehung der Sozialdemokratie kaum eine Ahnung hatte, so daß an der Schneide dieser „Schneidigen Waffe“ sich in Wirklichkeit nur unsere Feinde geschnitten haben, ebenso wird auch die Ex-patriation nur zum Vortheil unserer Sache ausschlagen. Die Stimme der Bekannten hat noch zu allen Zeiten den Verbannern mehr zu schaffen gemacht.

Was die Wahlen für unsere Partei für eine Bedeutung haben, ist im „Sozialdemokrat“ schon so oft und zutreffend erörtert worden, daß es Wasser in's Meer tragen hieße, wollten wir hiezu noch etwas sagen. Wir wollen hier nur hervorheben, daß die Gründe, welche bisher für die Nothwendigkeit der Wahltheilnahme galten, auch nach dem Eintritt der Expatrirung noch gelten werden, ja, vielleicht eher noch mehr als bisher.

Das Schwergewicht haben wir bei der Wahlbeteiligung immer auf die agitatorische Wirksamkeit gelegt. Klaut nun jemand, daß diese Wirksamkeit sich verringern würde, wenn es in Deutschland diese würde, daß ein Reichstagsabgeordneter um der Thatsache willen, daß er gewählt wurde, des Landes verwiesen werden könnte?

Würde unsere Partei sich nicht mehr an den Wahlen beteiligen, dann hätte Puttkamer mit der Expatrirung wirklich einen Erfolg erreicht, den erhen zwar seit der Kera der Kussnahmegefechtung, aber einen um so bedeutameren. Die Kussicht, daß wir uns nicht mehr an den Wahlen beteiligen werden, müßte für Puttkamer-Bismarck gradezu ein Sporn sein, nun Alles dran zu setzen, um die Expatrirung durchzubringen.

Um die Drohungen, daß nach der Expatrirung der Führer diese keine Verantwortung für die Thaten der Partei mehr übernehmen würden, und daß dann die Tonart entsprechend verschärft würde, klammern sich Leute wie Puttkamer, der den Dynamit-Führer für einen achtenswerten Beamten erklärt, den Zeusef. Niemand wäre froher als Puttkamer, wenn unsere Genossen dumm genug wären und sich zu anarcho-schwarzen Thaten hinreißen ließen, und um solche müßte es sich ja schließlich bei der sogenannten „schärferen Tonart“ doch handeln. Denn soweit es sich um scharfe Reden und Schriften handelt, so hat unseres Wissens bis heute schon in der Partei Niemand die Genossen daran gehindert, so scharf und bissig zu schreiben und zu reden, als sie nur Lust hatten. Uns ist nicht ein einziger Fall bekannt, daß einem unserer jetzigen oder früheren Reichstagsabgeordneten auch nur einmal ein Vorwurf gemacht worden wäre, daß er zu scharf gesprochen habe. Das Gegenteil dagegen haben wir schon erlebt.

Was aber die Sprache im „Sozialdemokrat“ und in unserer Broschüren-Literatur anbetrifft, so denken wir, daß wir wahrlich keinen Anlaß haben, auf das Rüpeli-Riveau herunterzusteigen, auf dem sich Roff und sein Anhang zu bewegen gewohnt sind.

Wir sehen also keine Möglichkeit, zugleich aber auch keine Nothwendigkeit für das Aufkommen einer sogenannten schärferen Tonart in unserer Partei. Sollen wir uns aber täuschen, dann möchten wir jene Genossen, welche in dieser Beziehung unterrichtet sind als wir, ersuchen, sich einmal klar und deutlich auszusprechen: was denn unter der schärferen Tonart zu verstehen habe, das bisher nicht gechehen ist, oder nicht hätte gechehen können?

Das Märchen von der Uneinigkeit in der sozialdemokratischen Partei ist allerdings nur ein Märchen, aber es würde weniger häufig austauschen, wenn unter uns selbst die Anspielungen auf die Möglichkeit einer schärferen Tonart, eines energischeren Auftretens u. s. w. weniger häufig vorkämen.

Haben Genossen bestimmt formulirte Forderungen auf eine radikalere Ausgestaltung unseres Programms oder eines noch energischeren Auftretens unserer Presse und unserer Vertreter, so mögen sie damit hervortreten, und es wird sich dann jedesmal rasch ergeben, daß es, soweit prinzipielle Fragen in Betracht kommen, in unserer Partei nur eine Richtung gibt, daß das Gesagte vom rechten und linken Flügel nur ein Dingeppinnst ist. Aber die unbestimmten Andeutungen, als ob eine radikalere Unterströmung vorhanden sei, welche aus diesem oder jenem Anlaß zum Durchbruch und zur Herrschaft kommen könne, sollten unterbleiben, denn sie geben Anlaß zu falschen Schlüssen und beunruhigen nicht selten ganz zwecklos die Genossen.

Ob die Expatrirung kommen wird oder nicht, die Partei wird bleiben, was sie bisher war. Wir werden wählen, weil das Wählen nach wie vor unser bestes Agitations- und Kampfmittel sein wird, die Partei wird auch nicht radikal werden als sie ist, denn sie kann es nicht. Ober, zu welchen Handlungen, welche man von einer radikalsten Partei fordern kann, wäre denn unsere Partei nicht entschlossen?

Die deutsche Arbeiterpartei in ihrer Gesamtheit ist bis jetzt in Bezug auf radikale Vertretung der sozialdemokratischen Grundzüge von keiner sozialistischen Partei eines anderen Landes überholt worden, und das in Kussicht Stellen eines besonderen Radikalismus hat deshalb keinen Sinn. Unsere Partei hat in den Jahren des Kampfes und der agitatorischen Arbeit, die wir hinter uns haben, gelernt; die Ansichten sind klarer und nüchternere geworden, daß sie aber heute weniger radikal sein sollten als früher, wird schwerlich jemand beweisen können. In dieser Entwicklung wird die Partei auch weiter fortfahren, daß ist der natürliche Lauf der Dinge. Sprünge aber, wie etwa den von einer gemäßigteren Tonart (wer laßt da?) zu einer schärferen oder zu der Abstimmungs-politik der Wahlenthaltung werden nicht gemacht werden und dürfen nicht gemacht werden.

Denn die Expatrirung kommt und unsere Abgeordneten außer Landes gesetzt werden, gut, die letzten Siege im Reichstag werden dann zu den deutschen Arbeitern eine Sprache reden so laut und vernehmlich, wie sie der glänzendste Redner unserer Partei nicht zu reden vermag.

Unsere Partei hat bis jetzt jeden gegen sie geführten Schlag parirt. In Aug gegenüber dem Gegner, die Expatrirung mit der Wahlenthaltung zu beantworten, wäre ein Partein mit der Hinterfront, wozu sich die Partei hoffentlich nicht hergeben wird. Dies ist unsere Meinung.

hat, sind wir in der Sage, folgende bemerkenswerte Stelle schon jetzt unseren Lesern mitzutheilen:

„Die Nordpatrioten“ erschienen gleich nach dem französischen Krieg im „Volkstaat“ und bald darauf in Separat-Abdruck. Sie bewiesen sich als ein höchst wirksames Gegengewicht gegen den überpatriotischen Stingsrausch, worin das offizielle und bürgerliche Deutschland schweigte und noch schweigt. In der That gab es kein besseres Ermüchtigungsmittel als die Rück Erinnerung an die Zeit, wo das jetzt in den Himmel erhobene Preußen vor dem Angriff derselben Franzosen, die man jetzt als Befiegte verachtet, schimpflich und schmachlich zusammenbrach. Und dies Mittel mußte um so kräftiger wirken, wenn die Erzählung der fatalen That-sachen einem Buch entnommen werden konnte, worin ein preussischer General, obendrein Direktor der allgemeinen Kriegsschule, die Zeit der Schmach nach offiziellen preussischen Aktenstücken — und man muß es anerkennen, unparteiisch und ungeschönt — geschildert hatte. Eine große Armee, wie jede andere große gesellschaftliche Organisation, ist nie besser, als wenn sie nach einer großen Niederlage in sich geht und Buße thut für ihre vergangenen Sünden. So ging es den Preußen nach Jena, so nochmals nach 1850, wo sie zwar keine große Niederlage erlitten, wo aber doch ihr gänzlich militärischer Verfall ihnen selbst und der Welt in einer Reihe kleinerer Feldzüge — in Dänemark und in Süd-deutschland — und bei der ersten großen Robilmachung von 1850 handgreiflich klar gemacht, und wo sie selbst einer wirklichen großen Niederlage nur entgangen waren durch die politische Schmach von Warschau und Olmütz. Sie waren gezwungen, ihre eigene Vergangenheit einer schonungslosen Kritik zu unterwerfen, um das Bessermachen zu lernen. Ihre militärische Literatur, die in Clausewitz einen Stern erster Größe hervorgebracht, seitdem aber unendlich tief gesunken war, hob sich wieder unter dieser Unumgänglichkeit der Selbstprüfung. Und eine der Früchte dieser Selbstprüfung war das Höpfner'sche Buch, aus dem Dostojewski das Material zu seiner Broschüre nahm.

Auch jetzt noch wird es nöthig sein, immer wieder an jene Zeit der Ueberhebung und der Niederlagen, der königlichen Unfähigkeit, der diplomatischen, in ihrer eignen Doppelzüngigkeit gefangenen preussischen Dumm-schlaubeit, der sich in feigstem Verrath beschreibenden Grobmäuligkeit des Offiziersadel, des allgemeinen Zusammenbruchs eines dem Volk entfremdeten, auf Zug und Trug begründeten Staatswesens zu erinnern. Der deutsche Spießbürger (wozu auch Abel und Fürsten gehören) ist wo möglich noch aufgelaßener und chauvinistischer als damals; die diplomatische Aktion ist bedeutend frecher geworden, aber sie hat noch die alte Doppelzüngigkeit; der Offiziersadel hat sich auf natürlichem wie künstlichem Weg hintersich vermehrt, um so ziemlich wieder die alte Herrschaft in der Armee auszuüben; und der Staat entfremdet sich mehr und mehr den Interessen der großen Volksmassen, um sich in ein Konfession von Agrariern, Börsenleuten und Großindustriellen zu verwandeln zur Ausbeutung des Volks. Allerdings, sollte es wieder zum Kriege kommen, so wird die preussisch-deutsche Armee, schon weil sie allen andern Organisationsvorbild war, bedeutende Vortheile haben vor ihren Gegnern wie vor ihren Verbündeten. Aber nie wieder solche wie in den letzten zwei Kriegen. Die Einheit des Oberbefehls z. B., wie sie damals, Dank besonders glücklichen Umständen, bestand, und der entsprechende unbedingte Gehorsam der Unterfeldherren werden schwerlich so wieder zu haben sein. Die gesellschaftliche Gewaltverhältnisse, die jetzt zwischen dem agrarischen und militärischen Abel — bis in die kaiserliche Adjutantur hinein — und den Börsenjobbern herrscht, kann der Verpfehlung der Armee im Felde leicht verhängnisvoll werden. Deutschland wird Verbündete haben, aber Deutschland wird seine Verbündeten, und diese werden Deutschland, bei erster Gelegenheit, im Stich lassen. Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Nicht bis zehn Millionen Soldaten werden sich unter einander abwürgen und dabei ganz Europa fast freissen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Vermuthungen des dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent ausgebreitet; Hunger, Seuchen, allgemeine, durch akute Noth hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; reitungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endlich im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, beart, daß die Kronen zu Duzenden über das Straßenspindel rollen und Niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, noch zurückzukehren, was das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgeht wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse — das ist die Kussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Ueberbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt. Das ist es, meine Herren Fürsten und Staatsmänner, wozu Sie in Ihrer Weisheit das alte Europa gebracht haben. Und wenn Ihnen nichts Andres mehr übrig bleibt, als den letzten großen Kriegszug zu beginnen, — uns kann's recht sein. Der Krieg mag uns vielleicht momentan in den Hintergrund drängen, mag uns manche schon eroberte Position entreißen. Aber wenn Sie die Mächte entfesselt haben, die Sie dann nicht wieder werden können können, so mag es gehen wie es will: am Schluß der Tragödie sind Sie ruiniert und ist der Sieg des Proletariats entweder schon errungen oder doch unvermeidlich.“

Was Europa bevorsteht.

Aus einem Vorwort, das Friedrich Engels zu einer in Vorbereitung begriffenen Neu-Ausgabe der verdienstvollen Vorheim'schen Schrift „Zur Erinnerung an die deutschen Nordpatrioten“ ic. verfaßt

Feuilleton.

Als das Bürgerthum noch radikal war.

Eine zeitgemäße Reminiscenz. (Fortsetzung.)

Hest IV bringt „den Eidgenossen“ zunächst ein Gedicht von Knold Schloensbach, das heute ausreichen würde, zehn Kussnahmegefechte zu begründen.

Man höre nur folgende Verse:

„Doch ein jeder Eidgenosse
Denk an der Tyrannen Trosse,
Die das Heilige noch bedroht'n.
Erf wenn diese sind gefahren,
Darf der Freiheit Banner wallen
Auf der Menschheit höchstem Thron.“

„Dann zur That auch — Eidgenossen!
Recht in's Schwärze sei geschossen:
In das Herz der Tyrannen!
So geschick's an allen Orten;
Aber nicht mit heißen Worten:
Ging's nur mit heißem Blei!

Schaff ein jeder Eidgenosse,
Daß die „Gottesgnaden“-Pöffe
Bald zum Böller-Drama wird!
Seine Bühne sei errichtet,
Wo die Freiheit noch vernichtet,
Wo noch eine Kette klinkt.“

Damals gehörten dergleichen „Aufreizungen“ zu den Alltagsdingen. Der Dichter, der in Koburg lebte, hielt es daher auch gar nicht für nöthig, seinen Namen zu verschweigen.

Auf Seite 111 und 112 wird z. B. ein Festgruß an das Preussische Abgeordnetensfest in Köln abgedruckt, der, wie bemerkt steht, in Ober-lahnstein gesprochen worden. Da heißt es am Schluß:

„Der Geist der Freiheit lebt und siegt! Nur Thorheit wähnt,
Daß sie ihn damit!

Das freie Wort, ein Votz, fliegt von Gau zu Gau, von Land zu Land;

Mit festem Ruthe klopf't es an um Einlaß an des Fürsten Brust,
Und raunt in's Ohr dem ärmsten Mann: „Sei deines Menschenwerths bewußt!“

Der Jugend singt's ein hohes Lied, daß sie die Sterne müßig hebt,
Daß ein Geschlecht der Telle wächst für jeden Sehter, der noch lebt!“

Die Drohung zielt auf Bismarck und dessen Kusspruch: „Nacht geht vor Nacht.“ Verfasser: Herr Emil Rittershaus, heute z. Z. Kriegervereins-Poet.

Im Hest V geht's gehörig wider die Fürsten los. In einem „Gedicht“ des Herrn Karl Blind an eine, im September 1865 in Darmstadt unter dem Vorsitz des Dr. Eckardt aus Rannheim (wenn wir nicht irren, später z. Z. als nationalliberal) zusammengetretenen Konferenz der Volksparteier heißt es am Schluß:

„Nächstem halten wir es für angemessen, daß unablässig die Ueberzeugung von der Fruchtlosigkeit und Verderblichkeit der Anknüpfung bei irgend einem Fürsten, er sei, wer er wolle, verbreitet werde. „Keine fürstliche Initiative!“ sollte die beständige Losung sein. Das aktive Vortreten eines der keinen hätte nur dann einen Erfolg, wenn die Volksbewegung bereits einen überwältigenden Grad der Stärke erlangt hätte. Dann wäre es aber im Grunde kein Vortreten mehr, sondern nur ein Mittel, den demokratischen Gang der Ereignisse aufzuhalten und zu durchkreuzen.“

In einem Kusspruch: „Ein Programm der Zukunft“ wird mit Bezug auf die Frage: Zentralismus oder Föderalismus erklärt:

„Jedes Land hat seine eigene Lage, seine eignen Bedürfnisse. Daraus geht, nicht nach einem vorgefaßten abstrakten Systems mechanischer Einheit oder schlotteriger Bündel von Sonderstaaten, muß Deutschland sich dereinst seinen Nationalverband schaffen und seine Selbstverwaltung in Kreisen wahren. Also Friede zwischen uns über diese Frage, während wir den „Krieg gegen die Paläste“ vorbereiten.“

Und am Schluß eines Kusspruches über „die angebliche Initiative der Fürsten“:

„Um unsere Ansicht zusammenzufassen, so glauben wir mit dem Verfasser, daß die Fürsten meist zu unwillig, zu träge, zu ideenlos sind, um die Initiative zu ergreifen. Aber auch die Dummheiten von ihnen haben, wenn es sich um Freiheits- und Bürgerrecht handelt, seit einem gewissen angeborenen oder angezogenen Sinn für das Böse; und die daraus erfließenden Handlungen müssen daher vor Allem ihnen

— Die deutsche Reptilienpresse schweigt den „Reinfall“ des Bismarck'schen Spießbüchens entweder ganz lobt oder bringt so unfluthige Besichte, daß Jeder, der auf diese Rekläre angewiesen ist, sich sagen muß: Das sind ja Lügen.

Charakteristisch — schreibt man uns — ist die Haltung der „Frankfurter Zeitung“. Nachdem sie schon vor Weihnachten den bekannten Artikel der „Zürcher Post“ über Ehrenberg abgedruckt, und der Behauptung des Schröder in einem kurzen Telegramm Erwähnung gethan hatte, ließ sie sich hernach die neuesten Entdeckungen in eine Pariser Korrespondenz schreiben, jedoch in der Form, daß der Schreiber sehr entrüstet über dieses schändliche Lügengewebe der chauvinistischen französischen Presse thun mußte; worauf dann die Redaktion hinten in einer staatsmännischen Kammer die Bemerkung machte, „insoweit es sich um eine deutsche Verschönerung gegen das Leben des Garen handeln soll, seien die Angaben der „panlovisch-chauvinistischen“ Presse allerdings unfluthig; wenn es sich aber um die Entlarzung von Spionen, die sich unter die Sozialisten geschlichen haben, handeln sollte, so dürfte man seine Gründe (wörtlich) haben, die Sache nicht für so ganz aus der Luft gegriffen anzusehen.“

Man wird zugeben müssen, daß die diplomatische Reisetreterei nicht weiter getrieben werden kann. Dieses Verhalten des einflussreichsten deutschen Organs der bürgerlichen Demokratie zeigt so recht handgreiflich, wie tief die deutsche Presse gesunken ist. Die paar Arbeiterleistungen dürfen das heilige Thema nicht berühren, da sie sonst reschibar auf Grund des Sozialistengesetzes verboten würden. Die Reptilienpresse hat natürlich keinen Grund, die Schande ihrer Brotgeber und Futtertrag-Genossen an die große Glocke zu hängen; und die sogenannte „unabhängige“ Presse hat keine Kourage. Nicht, daß ihr irgend welche Gefahr drohte, wenn sie den Stier bei den Hörnern nähme — die „Frankfurter Zeitung“ weiß sehr wohl, daß die Behörden unter keinen Umständen einen Prozeß wagen können — allein der stiltliche Mut fehlt — man gestatte einmal den etwas philsopherhaften Kusspruch —; der „politische Kero“, das politische Schreckbild ist abgestorben. Diese traurigen Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie führen weder die Infamie jener Polizeipraktiken, noch haben sie das Zeug in sich, eine Regierung scharf anzugreifen.

Bei dieser Gelegenheit sei eines kleinen Kniffs erwähnt, durch welchen der Puttkamer'sche Vertrauensmann Krüger den Verdacht, Sous-Chef der internationalen Spießbüchens Bismarck-Puttkamer's zu sein, von sich abzulenen suchte. Vor ungefähr einem Jahr ließ er in allen Zeitungen unter der Hand erklären, daß er sich von der „politischen“ Polizei zurückgezogen habe. Um die Sache plausibler zu machen, mußte einer der journalistischen Spieß sogar das Märchen erfinden, er — der Krüger — sei ob seiner mangelnden Geschäftlichkeit in Ungnade gefallen. Nun, wir konnten unsre Pappenheimer, und wir wußten, daß Puttkamer an die Fähigkeiten seiner Spieß ebenso niedrige Anforderungen stellt, wie Bismarck an die Fähigkeiten seiner Journalisten oder „Sachkuten“ und — Herr Krüger erhielt volle Gelegenheit, seine Talente zu entfalten — mit dem großartigen Erfolge, den jetzt alle Welt anstaunt.

Wenn wir Herr Puttkamer jetzt an die Stelle des Krüger setzen? Seinen Haak oder seinen Fhring-Rahlo? Oder will er gleich selbst den Posten übernehmen? Das wäre für uns freilich das Allerbeste.

— Unser Kampf wider das internationale Spießthum findet, wie das freilich auch zu erwarten war, in der sozialistischen Arbeiterprole alle Länder die lebhafteste Zustimmung und Unterstützung. Nur ein Blatt macht eine Ausnahme — das von Herrn Drouffe inspirirte „Proletariat“. Die von uns mitgetheilten Thatsachen genügen Herrn Drouffe noch nicht, ihn von der Polizeitthätigkeit der Haupt, Schröder und Konforten zu überzeugen, „das Publikum“, wie er sich bezeichnen nennt, erwartet nach ihm „Beweise“, denn — wir haben nicht vergessen, daß... die Freunde des „Sozialdemokrat“ Salamin als Polizeigenanten hinstellen.“

Man mag über Salamin denken, wie man will, soviel steht fest, daß derselbe durch seine unfluthige und unaccountantlich leichtfertige Agitation seinerzeit der sozialistischen Bewegung mehr Schaden zugefügt hat, als es der geschickteste Polizeigenant hätte thun können. Er soll das jetzt sogar selbst eingesehen haben. Aber wie dem auch sei, welche fleischlich-niedrige Handlungsweise, jetzt Salamin, dessen Lehren man jeden Tag verweigert, vorzuschleichen, um die notorischen Schölinge der Berliner Polizei vor unsren — „Verdächtigungen“ zu schützen.

Laßen wir indeß Herrn Drouffe seinen Haß gegen die deutsche Sozialdemokratie zur Freude der Herren Krüger und Konforten vorwerthen und hören wir lieber, was ein anderes sozialistisches Blatt, das sonst in vielen Dingen nicht auf unserem Standpunkt steht, über unseren Kampf gegen das Spießthum schreibt.

„Unser wohlthätigster Kampfgenosse, der Züricher „Sozialdemokrat“, schreibt „Commonweal“, das Organ der englischen „Socialist League“, hat sich von jeher bemächt, den Geheimnissen der Spießorganisation nachzuspüren, und es ist ihm hin und wieder gelungen, Thatsachen an's Licht zu bringen, die irgend einen Anschlag verrichten oder einen Spion bloßstellen. Natürlich hat er dafür das Schicksal aller zu Freimithigen zu erleiden gehabt und ist in gewissen Kreisen als Denunziationsblatt beschultigt worden. Thatsächlich verdient er hohes Lob (it should be praised) für diesen Mut, mit dem er einen Feind unserer Sache verfolgt und für das Geschick, mit dem er falschen Freunden die Maske abzieht

angezeichnet werden, was die Verantwortlichkeit der Helfershelfer nicht ausschließt.“

„Meine Herren, das sind ja die schändlichsten Theorien der Schreckensmänner der französischen Revolution!“ hören wir hier Herrn v. Gumy oder irgend einen anderen Niquel ausrufen. Stimmt, meine Herren. Nur wollen Sie nicht übersehen, daß der Mann, der all' das geschrieben, in Ihrem Lager steht. Herr Karl Blind ist es, der die Fürsten als meist z u u m m, zu träge, zu ideenlos erklärte, die Initiative zu etwas Gutem, zu einem wirklichen Fortschritt zu ergreifen, und auf ihrer persönlichen Hastbarkeit für alle unter ihrem Regiment verübten Schlechtigkeiten besteht. Und er sprach damit nur das aus, was das ganze liberale Bürgerthum damals dachte und zu erreichen bestrbt war. Es durchzusetzen, schloß nicht der Wille, sondern die Macht. Erst im Laufe der Zeit ist ihm auch der Wille abhanden gekommen.

Weiter.
Was würden unsere ordnungsparteilichen Widerfacher für ein Geschrei erheben, wenn wir nach dem Muster, das Herr Karl Blind damals gegeben, heute mit den Bedrängern der proletarischen Bewegung ins Gericht gehen wollten? Im Hest VII des „Eidgenossen“ veröffentlichte derselbe folgenden

„Urtheilspruch des Ober-Tribunals der öffentlichen Meinung.
In Sachen des Volks gegen den König von Preußen.

1) In Anbetracht, daß der ehemalige Kronprinz Wilhelm, heutige König von Preußen, bereits unter der Regierung seines Bruders, des im Irrenstift verstorbenen, durch anmaßliche Willkürherrschaft aufs Bedeufte berückichtigten Friedrich Wilhelm IV., als das Haupt der damaligen ultrareaktionären, sog. russischen Partei bekannt war; —

2) in Anbetracht, daß derselbe Kronprinz Wilhelm sogar gegen die Enderufung des „Vereinigten Landtages“, jenes außerordentlich konfession-tor Erbschicksal, als gegen eine zu liberale Wokregel protestirte, und nur Gehorsam auf die betreffende Verfassung leistete, nachdem er durch seinen „königlichen Kriegsherrn“ dazu kommandirt worden war; —

3) in Anbetracht, daß der genannte Prinz von Preußen, bei Eintritt der 1848er Erhebung, als die gehäufte Persönlichkeit im ganzen Lande galt; —

4) in Anbetracht, daß seinem hartnäckigen, bespotischen Sinns die Fortsetzung des Blutvergießens während des Märzauflaufs des zuzuführen ist, nachdem der fernere Widerstand des Königthums gegen die gerechsten, nur allzu beschleidenen Volksforderungen bereits als gänzlich nutzlos erkannt worden war; —

und die Reptile Moskau. Der „Sozialdemokrat“ verdient den Dank aller ehrlichen Sozialisten für seine Bemühungen, Licht auf ein der Scheußlichkeiten Ungewisses zu werfen und ihm so sein gefährliches Handwerk unmöglich zu machen.

„Commonweal“ druckt dann unsere Liste ab und ergänzt dieselbe durch manche wichtige Thatfachen. So erfahren wir über Herrn Krauß, daß derselbe gegenwärtig als Bismarck'scher Agent bei der Telegraphen-Agentur Central News in London und Cable News in New York thätig ist und die „Süddeutsche Presse“ in München sowie die — fortgeschrittliche „Berliner Zeitung“ mit Korrespondenzen versorgt. Er hat die Verhaftung verschiedener Anarchisten in Leipzig, Nürnberg, Augsburg und Berlin veranlaßt und hatte bei verschiedenen Anarchistenprozessen in Wien seine Hand im Spiele. Seine Rolle bei der Auslieferung News' ist bekannt. Jetzt hat er „öffentliche Meinung“ zu machen zu Gunsten der Auslieferung politischer Verbrecher und der Schaffung internationaler Unterdrückungs-Gesetze und -Verträge. Besonders thätig war er in dieser Beziehung gelegentlich der jüngsten Unruhen auf Trafalgar Square und in Hyde Park.

Über Herrn Kaufmann lesen wir, daß sich derselbe in London auch Karl Marx nennt und gegenwärtig Mitglied des „City Club“ ist, ein bekannter Sammelpunkt englischer und deutscher Sozialisten. (Im „City Club“ spielt, wenn wir nicht irren, auch der „Reichsgläubner“ Gschliffen eine Rolle.)

Da wir es bisher verabsäumt, so wollen wir bei dieser Gelegenheit noch die bei der Entlassung Haupt's bekannt gemordeten Berliner Polizei-Beauftragten publizieren. Es sind dies:

Polizeirat Krüger, Kaiserin Augustastraße 72.

Polizeirat Hade, Gultstraße 31.

Hoffmeister Humagall, Leipzigerstraße 188.

Bekannter blende als Dekadenz, deren es natürlich Legion gibt, und von denen noch einige in guten Händen sind — zu Observationszwecken.

Der Kniefall vor dem Jaren ist glücklich vollbracht. Er machte erst ein entschliches Gepolter, schrie in alle Welt, daß er durch „gefälschte Depeschen“ der Doppeltungigkeit gegenüber dem „Väterchen“ geschieden worden sei, druckte dann mit gnädiger Erlaubnis „Väterchens“ ein paar Blätter ab, die dem Publikum als die fraglichen „gefälschten Depeschen“ präsentiert wurden, sagte feierlich und zerstückelt: pater peccavi, erhielt von „Väterchen“ formelle Absolution und — die Komödie ist ausgesetzt. Der bulgarische Ferdinand kann sein Bündel schnallen, wie einst der bulgarische Alexander: Bulgarien ist den Russen überliefert.

Fürst Bismarck stellt sich in der bulgarischen Frage dermaßen auf den russischen Standpunkt, daß man zweifeln könnte, ob er deutscher oder russischer Minister ist — das ist das Zeugnis, welches der Jar dem „großen nationalen deutschen Staatsmann“ durch den Mund des Herrn von Siers hat ausstellen lassen.

Mein Viehchen, was willst Du noch mehr? Zu den Zeiten des alten Bundestags hat unseres Wissens kein deutscher Minister ein so glänzendes Lob aus russischem Munde erfahren.

Der deutsche Reichskanzler ruft russisch, daß die russischen Staatsmänner „zweifeln, ob er russischer oder preussischer Minister ist“ — das muß einst dem deutschen Reich und seinem Kanzler auf den Grabstein geschrieben werden. Das erspart dem künftigen Tacitus ein paar Hände.

Des Deutschen Kaisers Milde hat eine „Frau Stabsarzt“ Bogen (ehemalige Besitzerin des inzwischen vom preussischen Staat erworbenen Schlosses Dierstein in der Rhön) die von der Strafkammer Fulda wegen Kleinfurthung zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nach kaum sechsmonatlicher Haft begnadigt. Davon, daß die sechs Landwehrmänner, die sich nicht im Siechwanen transportieren lassen wollten und wegen dieser Insubordination zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, des Kaisers Milde kennen gelernt, ist uns nicht bekannt.

Den Gipfel der Inzucht erklimmen — oder sagen wir lieber, da es sich hier um ein Sinken handelt, die äußerste Tiefe der Inzucht deutscher Reptilien erreicht zu haben, dieser Ruhm gebührt unstreitig der „Königlichen Zeitung“. Wohl gibt es Kläfer mit gemeiner Ausdrucksweise, aber keinen mit gemeinerer Gesinnung, soweit von Gesinnung hier überhaupt noch die Rede sein kann. Andere sind Bediente aus Roth, oder unter Umständen aus Dabstuch, die „Königliche Zeitung“ ist es aus innerer Neigung am Verus. Sie kriecht, um zu kriechen, und sie verrichtet Hausnachrichtendienst, um ihrer Hausnachrichtennatur frohen zu können. Wenn ihrem Herrn und Gebieter eine Sache so schwierig ist, daß er sie nicht einmal der „Norddeutschen“ zumuthen mag, dann übernimmt die „Königliche“ sie mit Wohlmut. Die rheinische Welt-Dame war es z. B., welche jüngst den Koburger von Bulgarien mit einer wahren Fluth von persönlichen Beschimpfungen überschüttete, was bei ihr, die sonst vor jedem gekrönten Jubiläum, mag es ein noch so großer Schuft sein, auf dem Bauche liegt, doppelt anwiderte. Aber der Koburger ist klein und hat unter den Großen der Erde keine Freunde, warum soll man da nicht auf ihn herumtrampeln? Und neuerdings ist es die „Königliche“, welche dem Kerger ihres oder ihrer Brodherren über die Aufdeckung des Treibens der preussischen Spindel und Propagationsagenten im Auslande dadurch Ausdruck gibt, daß sie auf das bespitzelte Ausland im Allgemeinen losstürmt, gegen die kleinen Neu-

frankreichsstaaten — Belgien und die Schweiz — aber außerdem in unterschämelter Weise mit dem arroganten Säbel raffelt. In dem Augenblick, wo man dem Jaren unterthänig den Spiegel abgeleckt, allerdings ein würdiges Beginnen — für Lafaien.

Man höre, wie die Thatsache, daß der preussische Spindel Schröder in Paris anarchoisirt geht, und der preussische Spindel Haupt in Genf nihilistisch konspirirt, und nach Frankreich hinüber Militärspionage getrieben, der preussische Spindel Trautner in Belgien Militärspionage getrieben hat, von der edlen Kölnerin hinweggedrückt wird:

Radikale und sozialdemokratische Blätter von Paris folgten im Eifer der Spioniererei blindlings den Eingebungen der verbündeten französischen Patrioten und Intransigenten, und namentlich der Anarchisten und Nihilisten, die von der Schweiz Europa in Flammen zu setzen sich bemühen. Nicht minder wird aus Belgien in Belgien gearbeitet. Die Länder mit verbürgter Neutralität scheinen ganz vergessen zu haben, daß diese Neutralität nicht dazu da ist, Norden von politischen Mählern zum bequemen Nest zu dienen, um von dort aus Brandfäden ins Ausland zu werfen. Die Niederträchtigkeit gegen den deutschen Reichskanzler werden als Niederträchtigkeit gegen das deutsche Volk empfunden, und alles hat seine Grenze, auch die Geduld deutscher Vorgesetzten.

Das ist der Spindel der Schamlosigkeit. Die Schweiz und Belgien werden verantwortlich gemacht für die Folgerungen, welche französische Blätter aus dem Treiben der enkarrten Spindel in Bezug auf Bismarck gezogen, dessen Handlanger Krüger der Austragegeber dieser Spindel ist. Die Sache wäre eigentlich zu dum, wenn nicht zwischen den Zeiten deutlich zu lesen wäre, woraus die Schimpereien thatsächlich hinstielen. Nicht in den übertriebenen Folgerungen der Franzosen, sondern in der Entlassung der Spindel schlechweg sind die Niederträchtigkeiten gegen den deutschen Reichskanzler zu suchen, die das „deutsche Herz“ der Kölnerin empfinden. Von Rechtswegen hätten die Schweizerischen Behörden den Agenten Schröder und den Militärspion Haupt mit Actenstücken überschütten und alles aufhellen sollen, die von den Sozialisten ermittelten Thatfachen nach dem Muster des Fering-Radlow-Prozesses ins Gegentheil zu verdrehen, und daß sie das unterlassen, dafür die Drohung mit der preussischen Fuchtel. Der entappte Dieb droht dem Betrohlenen mit Einsperren. Weß dem, der einem deutschen Spindel zu nahe tritt. Er belächelt Bismarck, er kränkt die deutsche Nation!

Kotabene, wenn er zu den Kleinen gebü. Heißt er aber Alexander und ist Jar von Russland, so darf er alles Deutsche mit Füßen treten, die deutschen Herzen der „Königlichen Zeitung“ werden es als die höchste Aufgabe der deutschen Politik erklären, den ergebenen Handlanger eben dieses Jaren zu spielen.

Ist eine elendere Gesinnungslosigkeit denkbar?

Ein preussisches Polizei-Mebanhesfädchen. Der Stuttgarter Beobachter Nr. 6 vom 8. Januar d. J. meldet unter „Stuttgart“ 6. Januar die Verbreitung eines anonymen anarchischen Flugblattes, worin u. A. „das arbeitende Volk“ aufgeführt werde, „sich behufs Ausrottung der Fürsten und Kapitalisten zu bewaffnen und vor Allem mit Dynamit zu versehen.“ Diese Heereien sollen angeblich aus Hottingen stammen.

Selbstverständlich ist die Angabe dieses Stammbaums nichts als der plumpe „Kniff“ von „Polizei-Agenten“ und „Agenten-Provokateurs“ der Berliner Schule, der wir nach vor Jahreschluss eine so gewaltige Diebstellung bereitet haben. Man lese Nr. 52 (1887) sowie Nr. 2 d. J. des „Sozialdemokrat“ und sage uns dann, ob das Stuttgarter Schmelnsfädchen nicht aussieht, als ob die trocknen Hinterlassenen der preussischen Dynamiter und Polizeispindel Schröder und Haupt in Paris ihren künftigen Berufsgegenstand das „Fegfeuer“ lindern helfen wollten.

Der Beobachter mit der Roth wurde uns am 10. Januar unter Kreuzband zugestellt. Ein Original des Fadenfäden besitzten wir bis zur Stunde nicht.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Zur Nachricht von der Ernennung Herbert's von Bismarck zum künftigen Geheimen Rath mit dem Titel Erzherzog bemerken deutsche Blätter: „Der Vater hat alle Ursache, sich über seinen Sohn zu freuen.“ Richtiger wäre es, zu sagen: Der Sohn hat alle Ursache, sich über seinen Vater zu freuen.

Und seine Verdienste! Kennen wir schon: Er ist des Fürst Reichsland theurer Sohn.

Ein Ehrenzeugniß aus feindlichem Munde. Mit wahrer Verfeinerung fährt das Leitblatt des Eisenbüchsen auf die national-liberale „Badische Landeszeitung“ los, weil dieselbe sich erlaubt hatte, der zu Gunsten der Regentenschaft des Ständerprinzen in St. Remo unternommenen Schritte schärfen zu erwähnen und hinzuzufügen, daß an der „erkeulichen Entscheidung“ des Kronprinzen — dem Regentensystem seine Mitwirkung zu versagen — ein badischer Staatsmann hervorragend beteiligt gewesen sei. „Wir sind in der Lage“, plündert das Norddeutsche Allgemeine Oberreptil, „diese Angaben und Behauptungen als ein Gewebe von Lügen zu bezeichnen, welchem jede Unterlage fehlt. Es sind niemals Vorschläge der Regentenschaft worden, und wenn, wie die „Badische Landeszeitung“ behauptet, „in gewissen Kreisen“ die Absicht bestanden hätte, solche Vorschläge

nicht bloß ein Akt der Barbarei, sondern zugleich ein Verbrechen an der Ehre war; —

13) in Anbetracht, daß die Hinrichtung des Mitgliedes der Deutschen Nationalversammlung W. Trübschler eine Missethat und Mordthat war, die nur an der Ermordung Robert Viam's ihres Gleichen findet, gegen welche Lehren Akt die ganze gebildete Welt ihres entsetzten Proteste eingelegt und ihren Fluch geschleudert hat; —

14) in Anbetracht, daß unter der Gewaltthätigkeit des Prinzen von Preußen in Baden Männer wegen ihrer Freiheitsbestimmungen gepeitscht und Frauen sogar wegen Pflege der Verwundeten zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden; —

15) in Anbetracht, daß das blutige Schredensregiment unter den Pupillen des Prinzen während mehrerer Monate systematisch in Baden fortgesetzt, daß Tausende an Hab und Gut geschädigt und ruiniert wurden, und das Land infolge dieser Vorgänge allmählig eine solche Entvölkerung erlitt, daß noch fünfzehn Jahre nachher die Bevölkerung geringer war als im Jahr 1849; —

16) in Anbetracht, daß ein solches Verfahren fast beispiellos in der Geschichte dasieht und nur mit den Thaten Albas verglichen werden kann; —

17) in Anbetracht, daß der Prinz von Preußen, gemäß seinem verächtlichen, ehrlosen, zugleich aber selbstthätig ehrgeizigen Charakter, während der letzten Regierungsjahre seines Bruders wiederholt eine Palast-Intrigue anzuetteln suchte, um seinen Bruder vom Throne zu stürzen, und daß er dabei listiger Weise mit sog. liberalen Persönlichkeiten in Berkehr trat, um zur Macht zu gelangen; dabei jedoch von vornherein offenbar auf Täuschung ausging; —

18) in Anbetracht, daß Wilhelm I. zu Königberg „die Krone vom Tische des Herrn nahm“ und eine absolute Gewalt sich beilegte, wie sie von dem, mit Recht als Tyrann, Mörder und öffentlicher Feind der Nation“ entthronten Karl Stuart von England eine Zeit lang geübt wurde; —

19) in Anbetracht, daß er durch budgetlose Regierung sich des diebischen Eingriffs in das öffentliche und Privat-Eigentum fortwährend schuldig macht; —

20) in Anbetracht, daß er als Minister-Präsidenten den frechen Junker gewährt hat, der je auf dem deutschen Boden wandelte, und daß er durch diesen Junker dem Volke sowohl wie dessen Vertretern seit Jahren die lächerlichsten Beleidigungen hat zulassen lassen; —

21) in Anbetracht, daß der König Wilhelm durch diesen Junker sogar in vaterlandsverrätherische Unterhandlungen mit dem Desemernmann von Frankreich eingetreten ist; —

22) in Anbetracht, daß der König Wilhelm, während von Rechtswegen ihm der Prozeß zu machen war, thatsächlich durch einen unredlichen

zu machen, was wir bestreiten, so wären dies sicher keine Kreise, welche auf antiliberalen Einflüssen haben. Wir bedauern lebhaft, wenn national-liberale Organe von der Bedeutung, wie die „Badische Landeszeitung“, sich zur Verbreitung solcher Erfindungen und Verdächtigungen hergeben, deren Überprüfung man sonst nur in sozialdemokratischen oder höchstens in fortschrittlichen Blättern zu suchen geneigt ist.

Aus dem Bismarck-Pindler'schen Reichs-Jargon in christlich-Deutsch übertragen heißt das: Die Mittelung der Landeszeitung ist zwar vollständig den Thatfachen entsprechend; zu welchem Zweck der Freiherr von Roggenbach nach St. Remo zitiert wurde, preisen die Spindel von den Dägern, aber nachdem die reichskanzlerische Intrigue kläglich in's Wasser gefallen, ist es Pflicht aller national-gesinnten Blätter, darüber hübsch den Mund zu halten. Die Wahrheit zu sagen ist eine niederträchtige Angelegenheit der sozialdemokratischen oder höchstens der fortschrittlichen Blätter.

Wir quittieren dieses Ehrenzeugniß wider Willen mit größtem Vergnügen. Dem deutschen Volk klaren Wein einzuschütten über die Intrigen, die von seinen Nachhabern gesponnen werden, die Schliche und Hänke klopfzulegen, die über seinen Rücken hinweg abgeleitet werden, das ist in der That eine Aufgabe, der wir uns mit ganz besonderer Vorliebe unterziehen und in deren Erfüllung wir „höchstens“ von fortschrittlichen Blättern unterstützt werden. Besten Dank, Herr Geheimrath, für das Kompliment.

Beiläufig, wenn die „Norddeutsche“ oder vielmehr ihr durchsichtiger Einbläser in der Roth der „Badischen Landeszeitung“ eine Verdächtigung erblüht, da muß doch wohl die derselben zu Grunde liegende Thatfache eine recht schofelle und verächtliche sein?

Er thät gar manchen Kengstehrun. In der „Weser-Zeitung“ veröffentlicht ein Pariser Mitarbeiter dieses freihändlerisch-kapitalistischen Blattes einen wunderbaren Bandwurms-Artikel, betitelt: „General Boulanger und der Sozialdemokrat.“ In diesem Artikel wird dreierlei nachgewiesen:

Erstens daß die deutsche Sozialdemokratie, oder wenigstens Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie mit der französischen Regierung, insbesondere mit Bou-Bou-Boulanger in landesverrätherischer Verbindung gestanden haben.

Zweitens, daß deutsche Sozialdemokraten schon Pläne zu einer militärischen Kooperation mit den einbringenden Franzosen gemacht haben.

Drittens endlich, daß die deutsche Sozialdemokratie vollkommen ins anarchische Lager gelaufen ist und alle gemäßigten Elemente abgeschüttelt hat.

Beweis für Nr. 1. Der notorische Sozialdemokrat — Trautner hat mit Boulanger unterhandelt.

Beweis für Nr. 2. Der notorische Sozialdemokrat — Ehrenberg hat einen sozialdemokratischen Kuffstand mit Hilfe und zur Unterstützung der Franzosen geplant.

Beweis für Nr. 3. Der bravste und anständigste aller Sozialdemokraten, Genosse — Oberwinder, ist als Spindel verdächtigt worden. Und diese wunderbar überzeugenden „Beweise“ füllen volle 3 Spalten, was genau eine Spalte für jeden Beweis ergibt.

Wir wollen die erweiternde Wirkung dieses journalistischen Kengstehrungs, welcher die grenzenlose Konsternation des Polizeigesindels so komisch offenbart, durch keinen Kommentar abschneiden und nur noch die ergänzende Bemerkung anfügen, daß der Verfasser dieses Artikels sich auch in den Listen Puttkamers befindet und —

der Pariser Korrespondent der Wiener „Allgemeinen Zeitung“ weiß aus „unrichtigen Kreisen“ Folgendes „zur Vorgeschichte der Enthüllungen des „Sozialdemokrat“ zu berichten:

Bereits in einer Schrift des Schweizerischen Staatsanwalts Müller gedruckt, „Anarchist“ Max Trautner, ehemaliger bayrischer Offizier, kam Anfangs dieses Jahres, nach der Auslieferung des News durch die belgischen Behörden von Brüssel nach Paris. Hier knüpfte er Verbindungen an mit Vertrauenspersonen des Pariser „Sozialdemokrat“ und offerirte dem Redakteur des genannten Blattes Briefe, welche vormalig die Militärspionage in Frankreich betroffen haben sollen, zum Verkauf an. Der Handel war dem Abschlusse nahe, der Redakteur des „Sozialdemokrat“ hatte Einsicht in die Papiere genommen und wollte 600 Mark geben. Trautner machte aber im letzten Moment das Geschäft rückgängig. Bald trat er mit französischen Bespitzlichkeiten in Verbindung und bezeichnete unter den Hauptspionen in Frankreich einen auswärtigen, hier lebenden Publizisten, der von den Sozialdemokraten häufig verkehrt und erst wenige Monate vorher als Geistesverwandter der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bezeichnet worden war. Die Enquete der Behörde schmeie damals nichts Gravirendes ergeben zu haben, denn der betreffende Publizist blieb unbefragt und erfuhr erst von der Denunziation, wie von dem ersten Fundel mit den moralischen Urhebern der Denunziation, als die Affäre Schnäbele aufstauete.

Wie man sieht, ist hier, nur etwas verflämter, so ziemlich dieselbe Verdächtigung gegen uns ausgesprochen als in dem Artikel der „Weser-Zeitung“. Denn der arme, als Geistesverwandter der „Norddeutschen Allgemeinen“ verkehrte Publizist ist ja kein Anderer als — Herr Heinrich Oberwinder, der in der That auf Grund seines Hauptwerkes „Sozialismus und Sozialpolitik“, das in der sozialistischen Presse ebenso einflussreiche Beurteilung erfuhr, als es von den Geistesverwandten der „Norddeutschen Allgemeinen“ in den Himmel erhoben wurde, wie oben erwähnt, verkehrt“ worden war.

Herr Oberwinder wäre somit, soll der Leser schließen, das arme Opfer, Herr Trautner dagegen der geheime Verbündete des „Sozialdemokrat“.

Angriff auf die Redefreiheit der Volksvertretung den Abgeordneten des Landes den Prozeß macht, daß also der Verbrecher die Rolle des Richters sich anmaßt; —

26) in Anbetracht endlich, daß die öffentliche Sicherheit dadurch aufs Bedrohliche gefährdet, die Gerechtigkeit mit Füßen getreten, das Volk in Preußen entehrt und ganz Deutschland vor den Augen der Welt in Miskachtung gebracht wird,

ergibt hiermit das Urteil des Reichshofes der öffentlichen Meinung dahin:

Daß Wilhelm Hohenzoller, gegenwärtig König von Preußen, als meinelidiger Tyrann, Mörder und öffentlicher Feind der Nation anzusehen, und daß jeder rechtliche Deutsche durch seine Bürgerpflicht beugt und gehalten ist, nach Kräften dafür zu wirken, daß der besagte meinelidige Tyrann, Mörder und öffentliche Feind der Nation zur gebührenden Strafe gebracht werde.

Wonach sich allgemein zu richten.“ „Gefährliche Persönlichkeit“, „tyrannisch“, „Nutziger Schlichter“, „Rittelpunkt absolutistischer Ränke“, „Schuld eines Haupt- und Kapital-Verbrechens“, „Alba“, „verrätherisch“, „ehrlös“, „selbstthätig ehrgeizig“, „diebisch“, „Verbrecher“, „meinelidig“, „Mörder“ — was war wohl unter der „gefährlichen Strafe“ gemeint, der der Gegenstand all dieser Anklagen überantwortet wurde?

Ein Gesinnungsgenosse des Herrn Blind sprach es im Kreise seiner Freunde offen aus: „Man soll den König von Preußen an den ersten besten Gaunpfaß hängen!“

Der Mann ist in diesen Tagen durch Verleumdung des Roten Adlers Ordens in den Adelsstand erhoben worden. Es ist der nationale liberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Marquardsen, wohlbestallter Professor in Erlangen.

Herr Marquardsen — Verleumdung, Herr von Marquardsen — aber ist einer der eifrigsten Verteidiger des Ausnahmegesetzes und wird zweifelsohne mit gleichem Eifer wie bisher für alle Verhaftungen des selben eintreten, die der „froche Junker“, der so auf deutschem Boden wandelte“ (siehe oben), dem deutschen Volke sowohl wie dessen Vertretern vorzuschlagen für gut befinden wird. So nun, man ist nicht unglücklich liberal — gewesen.

(Schluß folgt.)

Warum wird aber in der „Wiener Allgemeinen“ der Name des armen Opfers nur angedeutet?

Son, weil es in Wien allbekannt ist, daß der Pariser Korrespondent dieses Blattes — Heinrich Oberwinder heißt. In dem Herr Oberwinder, ganz gegen seine sonstige Natur, seinen Namen verschweigt, kann er in Wien um so ungenierter die Rolle des Beschützers der verleumdeten Unschuld — d. h. Heinrich Oberwinders — spielen. In Bremen ist diese Rücksichtnahme nicht nötig. Dort versteht man sich hinter einen gefälligen Kollegen, der aus lauter Mitleid für die verleumdete Unschuld noch eine gebrügelte Portion Denunziationen, direkt aus der Berliner Feder bezogen, hinstutet, und: der Himmel d. h. Oberwinder, Krüger, Pätzig und Konforten — sagt, die Hölle aber — der böse „Sozialdemokrat“ — steht vernichtet.

Ein recht angenehmer Schluß. Schade nur, daß die Geschichte noch ein Nachwort hat.

Der sozialistische Stadtverordnete Görki in Berlin hat sein Mandat niedergelegt, und zwar, wie die Zeitungen melden, ohne Angabe eines Grundes. Wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß für diesen Entschluß der außerordentlich Mißerfolg maßgebend war, den der Kern der sozialistischen Arbeiterpartei Berlin dem Versuch Görki's, einen „Berliner Arbeiterbund“ ins Leben zu rufen, bereitet hat. Görki hatte durch vertrauliches Jökular, das, mit Ausnahme Singer's, auch die übrigen sozialistischen Stadtverordneten unterzeichnet hatten, am Mittwoch, den 28. Dezember Abends, eine Versammlung in ein größeres Lokal einberufen, die denn auch bis zum Erdrücken besucht war, aber von einer sich so entschieden Görki und seinem Vorhaben feindlich gefassten Menge, daß die Einberufer so lange mit der Eröffnung zögerten, bis die Polizei ihrerseits die Auflösung verfügte, worauf die Versammelten unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie und Absingen der Parole aus dem Saal gingen.

Wir entnehmen diese sachlichen Mittheilungen einer und aus den Kreisen der Berliner Genossen zugegangenen ausführlicheren Korrespondenz. Die in derselben enthaltenen persönlichen Angriffe glauben wir indes besser nicht abdrucken zu sollen, zumal sie für die Beurtheilung der politischen Thätigkeit der Angegriffenen absolut unwesentlich sind. Auf diese aber, und nicht darauf, ob der oder jener z. B. ein korrekteres Deutsch spricht, kommt es doch wohl an. Gerade weil wir mit den betreffenden Genossen die Art des Arrangements der oben erwähnten Versammlung durchaus mißbilligen, halten wir uns zu diesem Vorgehen für berechtigt. Und daß sie die Grenzen einer zulässigen Kritik überschritten, das werden, denken wir, auch die Einberufer einsehen, nachdem die — sehr begriffliche — Erregung des ersten Augenblicks vorüber.

Nichtigstellung. In einem Artikel der Brüsseler „Reforme“ über den Epistel Trautner lesen wir mit Bezug auf dessen erstes Auftreten in der Bewegung:

„Als er (Trautner) genug Geld gemacht, ging er nach Italien, suchte sich in der sozialistischen Literatur einen Namen zu machen und schloß sich den Anarchisten an. Aber diese gestien ihn nicht, und er ging daher nach Zürich, wo er mit den Sozialisten des „Sozialdemokrat“ weit besser auskam.“

Wir haben keine Ursache, an dem guten Glauben der „Reforme“ zu zweifeln, nehmen vielmehr an, daß sie selbst das Opfer falscher Bericht-erstattung geworden. Thatsächlich ist nämlich das genaue Gegenstück der Fall. Trautner ist nirgends so schnell durchschaut worden als in Zürich, und wenn wir auch nicht genügend Beweise gegen ihn hatten, um öffentlich vor ihm warnen zu können, so haben wir ihn doch auf seinen weiteren Fortschritt keinen Augenblick aus den Augen gelassen und überall, wo er auftauchte, sofort die Genossen benachrichtigt, daß sie vor ihm auf der Hut sein sollen. Unstre Korrespondenten in Bern, Genf, Mailand, Brüssel, Vättig und Berviers können uns das eventuell bezeugen. Speziell in Bezug auf Brüssel berufen wir uns auf das Zeugniß der Genossen L. Bertrand und C. de Parpe, welche letzterer grade und in Bezug auf Trautner der Gespenstermalerer zieh. Ueberhaupt hat Trautners Unweiselhaft gewinnendes Wesen und seine zur Schau getragene Offenherzigkeit ihm nirgends so wenig genügt als bei uns.

Als Trautner dann im vorigen Jahre und gegenüber die Maske löste, um uns um so sicherer hineinzuweisen, da mußte er zu seinem Erbweilen erfahren, daß die verdamnten „Züricher“ auch durch solche Mittel nicht zu fangen sind. Ueber diese Affäre ein andermal.

Noblesse oblige — Adel verpflichtet, nämlich ehrenhaft zu handeln, die Ehre des Anstandes über die des persönlichen Vortheils zu stellen. So behaupten wenigstens die Herren von der „Noblesse“ und ihre Lakaien in der Presse, und solange es sich um Lumpereien handelt, um reine Formalitäten, da lassen sich die Hochgeborenen auch gern von dieser Regel leiten. Aber wenn's sich im Ernst um den Geldbeutel handelt, da nimmt es die „Noblesse“ an schmutziger Profitguth mit dem ärgsten Wucherer auf. Wie die „Freie. Ztg.“ mittheilt, gehören von den 108 „Ehlsortrettern“, denen die Erhöhung der Brodsteuer auf 5 Mark noch nicht hoch genug war und die deshalb für den Satz von 6 Mark stimmten, 72 dem Adelstande an, und auch unter den 86 Bürgerlichen befanden sich noch 9 Rittergutsbesitzer und 3 Gutsherrn. Wir werden uns mit dieser Liste in nächster Nummer etwas eingehender beschäftigen und bei dieser Gelegenheit mit dem konservativen Kritiker, Professor Delbrück, ein Wortchen über „moralische Traditionen“ reden, für heute sei nur die Thatsache angemeldet, daß die Brodsteuer im Reichstage nicht durchgegangen wäre, wenn die Prinzen, Herzoge, Grafen, Freiherren u. c. nicht nach dem „ältesten“ Grundsatze gehandelt hätten: Verdienen ist ein Hauptwort und wird groß geschrieben.

Die Parteiververtretung der deutschen Sozialdemokratie verwendet folgenden Ruf, den wir der allgemeinen Beachtung nur dringend anempfehlen können:

„Werthe Genossen!
Unser Genosse Wilhelm Hasenclever ist geistig erkrankt und nach Aussage der behandelnden Aerzte ist die Hoffnung auf Befundung leider sehr schwach. Die Familie ist bei der, durch die Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit ihres Ernährers betäubt und der Noth und dem Elend preisgegeben.
Die Unterzeichneten haben sich entschlossen, um den vielen Befinnungs-genossen und Freunden Hasenclever's Gelegenheit zu geben, ihr Ehrentheil zur Vinderung des über ihn und seine Familie heringetragenen Unglücks beizutragen, eine Sammlung zu veranstalten, aus deren Erträge die Kosten für dauernde Unterbringung in einer Heilanstalt bestritten werden sollen, und welche zugleich die Mittel aufzubringen hilft, die nötig sind, um der Familie die Begründung einer neuen Existenz zu ermöglichen.
Wir zweifeln nicht daran, daß die Parteigenossen aller Orten Deutschlands es für ihre Ehrenpflicht halten werden, für den verdienten Kämpfer der Arbeiterfrage einzutreten, dafür zu sorgen, daß der Wunsch, ihm den Rest seines Lebens, soweit es möglich ist, freundlich zu gestalten, seine Familie aber vor materieller Noth zu schützen, erfüllt wird.
Jeder der Unterzeichneten ist bereit, Beiträge für diesen Zweck in Empfang zu nehmen.“

H. Bebel. D. Dieh. R. Frohme. C. Grillenberger. J. Harm. J. Krüger. H. Meißner. A. Sabor. P. Singer. W. Schumacher.

Selbstverständlich ist der „Sozialdemokrat“ bereit, Gelder für den obigen Zweck entgegenzunehmen und an die Unterzeichner des Aufrufs zu übermitteln.

Amerika. Der Ruf für die Denkschrift zur Jubiläumfeier des Schandgesetzes ist auch jenseits des Ozeans, wohin so viele Ausgewiesene den Schritt geleitet, um endlich Ruhe zu finden, freudig aufgenommen worden. In New York hat sich sofort ein Komitee von Ausgewiesenen gebildet, zu dem Zweck der Beschaffung möglichst vollständigen Materials, und erläßt jetzt folgenden Ruf, den wir, weil er manchen beherzigenswerthen Gedanken enthält, hier zum Abdruck bringen:

Kn die in den Vereinigten Staaten lebenden Ausgewiesenen und hinausgewiesenen deutschen Genossen!

Bezugnehmend auf die kürzlich im „Sozialdemokrat“ ersessene Aufforderung der deutschen Sozialisten an die im Ausland lebenden Genossen Material herbeizuschaffen für die zu veröffentliche Denkschrift über die Wirkung des am 21. Oktober 1888 zehn Jahre bestehenden Sozialisten-Gesetzes, hat sich eine Anzahl hiesiger lebender Ausgewiesener vereinigt, um die Genossen zu ersuchen, zusammenzutreten und Maßnahmen zu treffen, um den Verfassern jener Denkschrift die Arbeit möglichst zu erleichtern, d. h. die betreffenden Berichte, Aktenstücke u. c. gemeinschaftlich abzusenden.

Es wurde ferner befürwortet, zu diesem Zwecke Fragebogen an alle hier lebenden, nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes aus Deutschland ausgewiesenen oder durch Regierungsmaßnahmen zum Auswandern gezwungenen Genossen zu übermitteln. Auf diese Fragebogen können die betreffenden die im „Sozialdemokrat“ angelegten Fragen beantworten, sowie ferner alle in ihren Händen befindlichen, auf das Sozialistengesetz bezüglichen Aktenstücke, wie Reichsgerichtsbeschlüsse, Ausweisungen, Straferkenntnisse, Verbote der Reispotage von Schriften, Zeitungverbote u. s. w. beifügen.

Hierauf und beztugend, ersuchen wir alle vom Sozialistengesetz betroffenen, gemäßigten oder ausgewiesenen Genossen, einem der unterzeichneten Komiteemitglieder ihre Adresse einzuliefern, damit ihnen einer der erwähnten Fragebogen übermittelt werden kann.

Der Empfänger hat den Bogen möglichst bald auszufüllen und nebst den etwa vorhandenen Aktenstücken u. s. w. dem Komitee zurückzusenden, welches seinerseits das Uebermittelte so rasch wie möglich nach Zürich absenden wird.

Indem wir somit dem Wunsch unserer deutschen Genossen entsprechen und ihnen einen Dienst erweisen, hoffen wir allseitig die nötige Unterstützung zu finden, um unsere Aufgabe nach besten Kräften erfüllen zu können.

Mit sozialistischem Grusse!
Das Komitee:
Rud. Liebt (Berlin), 223 Ave. K, 2. Floor.
H. Garve (Hamburg), 226 Ost 4 Str.
D. Reimer (Atlanta), 99 Adams Str., Brooklyn, G. D.
Paul Kieemann (Leipzig), 108 1. Ave.
R. Winter (Frankfurt), 383 Ost 10. Str., 4. Floor.

Es wäre vielleicht sehr nützlich, wenn auch in anderen Ländern sich solche Komitees bildeten. Ein Fragebogen läßt sich ja un schwer zusammenstellen. Man braucht sich nur an die im Aufsatze herangezogenen Momente zu halten.

Korrespondenzen.

Darmstadt, 7. Januar. Wegen Vergehen wider das Sozialistengesetz ist wider den Genossen B. Gramer hier Untersuchung eingeleitet und Briefsperr verhängt worden.
(Wir sind sehr gespannt, den Grund dieser Staatsaktion näher kennen zu lernen.)

Die Redaktion des „Sozialdemokrat“

Erklärung.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sehen wir uns veranlaßt, zu erklären:
„daß der am 18. Dezember 1887 hier enlarute deutsche P o l i t e i s p i e l h a u p t, im „Sozialdemokrat“ und in der „Arbeiter-Stimme“ mit dem Vornamen Christian bezeichnet, sich während seines Aufenthaltes in Zürich, Paris, Genf, Bern und Wien immer

nannte.
Zu gewissen agitatorischen Missionen führte er mitunter auch nur den Namen Mr. Robert.“

Alle befreundeten Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Erklärung gebeten.
Genf, im Januar 1888.
Der Sozialauschuß der deutschen Sozialisten in Genf.

Sprechsaal.

Der aus Leipzig seinerzeit wegen Verbreitung verbotener Schriften in der Kaserne ausgewiesene und bestrafte Salomon war kein Genosse. Er schloß nachdem mit der Polizei Freundschaft, brachte einen Genossen durch Abenden einer Postkarte mit verhängnisvoller Inhalt außer Arbeit und ist ein großer Schreier, der weder Vertrauen noch Unterstützung beanspruchen kann und vor dem zu warnen ist.

Vor dem Tischler Bertram in der Pianofortefabrik von Franke in Leipzig warnen wir als offiziellem Polizeispiegel. Die Epistelmarke hat er stets bei sich und sucht sich überall einzu-schleichen.

Die Genossen von Leipzig sind vor diesem Butschen eindringlich zu warnen und aufmerksam zu machen, daß in Leipzig noch einige von dieser Spezies reif sind.

Wiederholte Warnung.

Der Schwindler und Hochstapler Anton Reß, Buchhändler, früher in Leipzig, Götting, Stuttgart, Greis, Coblenz, hat nach mehrjähriger Gefängnisstrafe wegen Gotteslästerung an letzterem Orte vor Kurzem das Gefängnis verlassen und brandschaft abetmals mit der größten Unverschämtheit die Parteigenossen.
Mit der Partei hat Reß nicht das Geringste zu thun. Im Weiteren verweisen wir auf die „Schwarze Liste“ S. 24, resp. S. 25. Nr. 24 von 1882.
Reß ist ein Lump im vollen Sinn des Wortes.

Briefkasten.

Der Redaktion: Briefe und Einsendungen u. c. sind etngetroffen aus Berlin, Dessau, London, Magdeburg, Mailand, München (Gedicht), München (Korr.), Paris, Pflauen i. B., Wien. — London (Comm. Arb.-Bild.-Ver. und Londoner Verlags-Ges.): Sorgen Sie doch gefl. erst dafür, daß die dortige „Fr. Presse“ den Schiedspruch abdruckt, ehe Sie uns mit neuen „Erklärungen“ überschwemmen.

Für die Denkschrift erhalten: Einsendungen aus Dessau, Frankfurt, Langenau, Rowawes, Philadelphia.

Der Expedition: Ab. R. Bfl.: Jubiläumsmaterial erh. Eine Ermunterung kamte allerdings nicht schaden. — Hannibal: Beforrt. Selbstverständlich kann A. auch davon erzählen. — Grotchus F.: Jubil. Mat. u. erh. Ader. notirt. — P. B. S. v. B.: Nr. 820 Ab. 1. Du. u. Schlt. erh. Bflg. folgt. — L. S. R. B.: Nr. 450 Ab. 1. Du. und

Nr. 150 pr. Ust. dtd. erh. — Aug. G.: Nr. 5 — Ab. 1. Du. u. erh. — D. H. S. i. S.: Bfl. 170 Ab. 1. Du. erh. — Arbeitervereinigung Ober-Engadin: Nr. 4 — Ab. 1. Du. pr. 6 R. erh. — G. P. Vora.: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Nr. 2. Wflur: Nr. 80 — Ab. 3. u. 4. Du. pr. daor u. Grrg. erh. — D. R. Bndt.: Nr. 8 — Ab. 1. Du. erh. Bierkauf: Nr. 1470 bis. Abfl. 1. Du. erh., Nr. 888 Ggr. gutgebr. Weiteres beachtet. Gruf. — Clara: Nr. 740 Ab. 1. Du. erh. Bflg. erh. S. w. id kommen. — Ledende Flamme: Nr. 180 Ab. 1. Du. u. Nr. 1 — pr. Ust. dtd. erh. — R. S. Lyon: Nr. 815 Ab. 1. Du. u. Schft. u. Nr. 250 pr. Ust. dtd. erh. Bbldt. h. erh. erseht allerdings weiter. Ref lamiren Sie pr. eingeschriebene P. Karte. R. B. Kender län gt geräumt. Folgt d. „Deferr. Arbeiterkalender“. — Paulussen: Nr. 12 — Ab. 1. Du. u. erh. Derart berechnen pr. Expt. u. Du. Nr. 260. — R. u. S. J. J.: Nr. 750 Ab. 1. Du. erh. — S.: Nr. 50 — pr. Rgd. dtd. erh. — Der Sequalle: Nr. 20 — à Gto. Ab. u. erh. Ader. notirt. Bfl. Weiteres. — Oncl.: Nr. 21 — Ab. 1. Du. erh. Ader. notirt u. Bjad. u. nach Wunsch geordn. — J. S. Sidney: Nr. 50 — à Gto. Ab. u. erh. Bflg. folgt. — Bormärts Melbourne: Nr. 24 80 à Gto. Ab. u. erh. wie früheres. — Dose: Nr. 440 pr. Ust. dtd. verwendet. Gruf. — W. Bflg.: Nr. 540 Ab. 1. u. 2. Du. pr. R. R. erh. — Sip. St. Gallen: Nr. 165 f. Schft. erh. — Hd. Bn.: Nr. 5 — Ab. 1. Du. erh. — St. Roman: Nr. 2840 Ab. 1. Du. pr. dir. erh. Dank für Referenz. Weiteres beachtet. — G. R. S.: Nr. 805 Ab. 1. Du. u. Schft. u. Nr. 895 f. d. Hasenclever'son dtd. verm. — J. G. Wfl.: Nr. 5 — Ab. 1. Du. u. Schft. erh. Bflg. folgt. — S. G. S.: Bfl. 5 — pr. B. à Gto. Ab. gutgebr. Nota u. folgt. — L. R. Sfl.: Nr. 850 Ab. bis Ende März erh. — Nothe Kajarener: Nr. 25 — Ab. 4. Du. u. Schft. u. Jubiläumsmaterial erh. Bflg. folgt. — Fortuyn Amsterdam: Nr. 15 — Ab. 4. Du. erh. Weiteres notirt. — Lp. Sig.: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Die roten Galenberger: Nr. 32 — à Gto. Ab. u. erh. — Dtr. Bod.: Nr. 250 Ab. 1. Du. erh.

Quittung der Eingänge ab 7/1. (incl.) in Nr. 4.

Anzeigen.

Im Verlag der Mitgliedschaft deutscher Sozialisten Zürich erschien und ist durch Unterzeichnete zu beziehen:

Acht Opfer des Klassenhasses.
Leben und Sterben
der verurtheilten Chicagoer Arbeiterführer.

Preis: 30 Pf. — 40 Cts.

Diese Broschüre enthält eine Darstellung der amerikanischen Arbeiterbewegung, der Heumarktversammlung mit dem Bombenwurf, des Prozesses, der Hinrichtung und des Begräbnisses der Chicagoer Arbeiterführer, sowie die Biographie sämtlicher Verurtheilten.

Bestellungen werden baldigst erbeten.

Volksbuchhandlung.

Zürich Samstag, den 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwänen (Stadt):

Oeffentliche
Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:
Die ethischen Grundlagen des Sozialismus.

Referent: Hr. D. Lang.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein
Der Sozialauschuß
Jedermann hat Zutritt.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

worden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W.
Communistischer Arbeiter-Bildungsverein, Tottenham Street, Tott. Court Road 49, W.

Mr. Schwaltzer, Buchhandlung, 43 Commercialroad, N.
London Schönleben, Friseur, 3 Edwardstreet, Wardourstr., W.
Daubenspeck, 168 City Road.
Haustein, Tobacconist, 51 Charlottestreet, Fitzroy-square, W.

City Club, 42 Sun Str. Finsbury Square.
W. Hoffmann, Buchhandlung, 13 Francis Street, Tottenham Court Road.

Castelford bei Yorkshire Theobald Völkel, 1 Dentonterrassa.
Edinburgh Carl Derwald, Portobello near Edinburgh High Street 10.

Kopenhagen K. O. Hördum, Rømersgade 22 Stuen.
Brüssel (bei bekannten Adressen) und dem Zeitungshändler à la Croix de fer, Grand Place.

Liège Café des quatre Nations, rue Chapelle des Cleres.
Verviers Charles Piereaux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
Amsterdam J. A. Fortuyn, Boekhandel, Tuinstraat 54.
Antwerpen A. Hevelsteen, Dieppestraat 148.

Bukarest F. Marcus, Calea Cotroeni 15.
New-York John Heinrichs, 130 Third Street. East.
H. Nitsche, 548, 9. Avenue, City.
Jos. Strauss, 335 L. Avenue.

A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung“, 184 William Street.
W. Bätke, City 536, 16. Street.

Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 618 Callowhill Street, care of Philad. Tagblatt.
F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.

Chicago Ill. A. Lanfmann, Nr. 76 fifth Avenue.
W. Langner, 649 W. 18 Street.

Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Mercer Street.
G. Muehler, Walnut Str. 490.

Charleston S. C. W. Eberhard, 48 Anson Street.
St. Louis, Mo. Gebr. Herminghaus, 1707 Franklin Avenue.
Buenos-Aires Sociedad „Vorwärts“, 25 Calle de Mayo 27L.
Porto Alegre Carl Grimm, Rio Grande do Sul Brazil.
Melbourne G. Schoels, 48 Roastr. Richmond.
Verein „Vorwärts“, Adr. Golden-Floos Hotel, Russell-Street.

Sidney, J. Earm, Kent Street 49.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Genossenschaftsdruckerei Hollinger-Zürich.